

Haushaltsrede Oberbürgermeister Thomas Ebersberger zur Einbringung des Haushaltsentwurfes 2024 im Stadtrat Bayreuth am 31. Januar 2024

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wenn mich im Herbst 2023 jemand gefragt hätte, ob wir in der Lage sind, für 2024 einen Haushaltsentwurf vorzulegen, von dem ich überzeugt bin, dass er genehmigungsfähig ist, ich hätte angesichts der massiven Auswirkungen von Corona, Ukraine, Bundespolitik und der allgemeinen Entwicklung gezaudert, die Frage positiv zu beantworten.

Aufgrund erfreulicher Entwicklungen im dritten und vierten Quartal, es sind hier vorwiegend Nachzahlungen für frühere Jahre bei der Gewerbesteuer, aber auch weitere Zahlungen der Regierung von Oberfranken bei uns eingegangen, konnte das Jahr 2023 deutlich positiver abgeschlossen werden, als zunächst angenommen. Während bei den kreisfreien Städten im Gesamtjahr gut 7 % höhere Gewerbesteuereinnahmen zu verzeichnen waren, ist diese Zahl bei uns noch etwas positiver ausgefallen. Dies hat uns ermöglicht, zum einen die Verschuldung der Stadt zum 31.12.2023 mit 47,6 Mio. € auf den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten zurückzuführen.

Gleichzeitig hat es dazu beigetragen, dass die Liquidität nicht vollständig abgetragen wurde, sondern uns ein Start mit 39 Mio. € ermöglicht wird. Daneben führen höhere Steuereinnahmen in 2023 dazu, dass die Einnahmen für 2024 deutlich positiver eingeschätzt werden können, als dies vor Wochen denkbar war.

Allerdings darf dies nicht den Eindruck vermitteln, der Haushalt wäre nicht „auf Kante genäht“, die Gewerbesteuereinnahmen sind immer noch von der Gefahr einer Rückzahlung geprägt, die Prognose in die Zukunft ist immer nur eine Schätzung. Auch wenn natürlich 2023 nicht 100 % der veranschlagten Investitionsansätze ausgegeben wurden – quer über alle Referate liegt der Durchschnitt bei fast 60 % – haben wir 2023 doch ca. 78 Mio. € und damit mehr als das Doppelte der vor Corona liegenden Zeiträume verausgabt. Natürlich liegt das zu einem großen Teil an den Großbauprojekten wie Friedrichsforum, für das bislang ca. 66 Mio. € ausgezahlt wurden, der Gewerblichen Berufsschule, dem Ankauf der Wilhelm-Pitz-Straße als Rathaus-II-Ersatz, dem Stadtarchiv oder Umweltmaßnahmen. Nach wie vor gibt

es insbesondere bei Baumaßnahmen deutliche Kostensteigerungen, die „unsäglichen“ Verzögerungen beim Friedrichsforum tragen das Ihrige dazu bei.

Wir segeln wie bei Nebel auf hoher See und müssen, ja werden weiter Kurs halten.

Im Finanzhaushalt werden wir 2024 planerisch mit einer roten Null in der laufenden Verwaltung vorstellig und weisen zur Finanzierung der Investitionsmaßnahmen Kreditermächtigungen aus, die der Höhe nach bereits im Haushalt 2023 genehmigt worden sind.

Insoweit herzlichen Dank an Stadtrat und Verwaltung für die Sparrunden 2023, die bereits im Vorfeld viel bewirkten.

Neben den finanziellen Gründen zeigen nach wie vor Herausforderungen bei den personellen Ressourcen verschiedener Dienststellen Grenzen auf.

Trotz größter Anstrengungen und vieler Neubesetzungen ist nach wie vor festzustellen, dass einzelne Dienststellen am Anschlag arbeiten und manche Leistungsträger, objektiv betrachtet, von unseren Anforderungen überfordert werden. Hier müssen wir Sorge dafür tragen, dass gerade die guten Kräfte, die ihnen zustehende notwendige Anerkennung erfahren, motivierte neue Mitarbeiter gefunden und aufgebaut werden. Im Bereich der Ausbildungsplätze haben wir unser Angebot weiter ausgebaut. Bei Beteiligungen wie den Stadtwerken konnten viele engagierte Mitarbeiter neu akquiriert werden, was belegt, wie begehrt die Arbeitsplätze bei städtischen Unternehmen sind und bleiben werden. Auch werden unsere positiven Arbeitsbedingungen in Bayreuth, sei es die Größe der Stadt, die Lebenshaltungskosten, das Kultur-, Sport- und sonstige Freizeitangebot, aber auch und gerade die Infrastruktur, angefangen bei den Kindergärten über die Schulen bis zum Klinikum, dazu beitragen, dass auch viele Bürger aus Ballungszentren zum Leben und Arbeiten nach Bayreuth kommen wollen.

Allen Unkenrufen zum Trotz geht es uns vergleichsweise deutlich besser als den meisten vergleichbaren Städten – ausweislich der vorbehaltlichen Steuerkraft 2024 von 1.516,67 €/EW liegen wir auf Platz 9 von 25 kreisfreien Städten.

Wir sind aber gefordert, Investoren für die auf den Weg gebrachten neuen Wohnungen im Stadtgebiet zum Bauen zu motivieren, aber auch entsprechend in Kitas, Schulen, soziale

Einrichtungen, Arbeitsplätze, die medizinische Versorgung und den Umweltschutz zu investieren.

Dabei muss aber auch berücksichtigt werden, dass bereits jetzt im Stadtgebiet fast 100 Kindergartenplätze nicht angeboten werden können, im Klinikum Abteilungen nicht voll arbeiten können und manche Einrichtungen stottern, weil nicht die ausreichende Zahl an Fachkräften gefunden wird.

Wir müssen – und auch hierfür bietet der Haushalt trotz vielfältiger Einsparnotwendigkeiten viele Ansätze – investieren, um unsere Situation weiter zu verbessern und auszubauen.

So werden die freiwilligen Leistungen trotz all der Sparmaßnahmen insgesamt noch etwas steigen, die begonnenen Baumaßnahmen werden zügig abgearbeitet, die KiTa St. Johannis, die ZRF-Leitstelle oder das RIZ sollen begonnen werden.

Gleichwohl können zwingend gebotene Investitionen z. B. im Schulwesen der Umbau des RWG noch nicht angepackt werden, da für diese Großbaustelle neben den Finanzen auch personelle Ressourcen einen Start unmöglich machen.

Auch 2024 werden wir seitens der Verwaltung beim Vollzug des Haushalts entsprechend den Vorgaben des Kommunalrechts sparsam und wirtschaftlich vorgehen.

2024 planen wir mit einem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von –6.904,00 €, Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 106,6 Mio.€ sowie genehmigungspflichtigen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 84,4 Mio. €.

Ein weiteres Verschieben von Maßnahmen würde letztendlich die Kosten lediglich erhöhen, die Funktionsfähigkeit der Stadt und die Lebensqualität verschlechtern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir starten 2024 mit 47,6 Mio. € Schulden und einer Liquidität von 39 Mio. €.

Vor 20 Jahren lagen die Schulden noch bei 136 Mio. €, vor 2 Jahren die Liquidität allerdings bei 85,9 Mio.€.

Das Augenmerk des Haushaltes liegt darin, die Lebensqualität der Stadt Bayreuth möglichst im vollen Umfang aufrecht zu erhalten und die Ausgangslage Bayreuth im nationalen Vergleich weiter zu verbessern.

Zwar liegen wir mit prognostizierten Gewerbesteuereinzahlungen von 77,2 Mio.€ noch weit unter den Gewerbesteuereinzahlungen von 2017 mit 110 Mio. €, allerdings deutlich besser, als noch vor Monaten angenommen.

Steigende Personalkosten führen dazu, dass allein hierfür Auszahlungen von bis zu 100 Mio. € zu erwarten sind, obgleich viele Dienststellen offensichtlich „auf Kante genäht“ sind und praktisch nur noch Stellen geschaffen werden, die auf Vorgaben des Bundes beruhen, für die wir keine entsprechenden Ausgleichszahlungen erhalten.

Erfreulich ist sicherlich die Erhöhung der Schlüsselzuweisung des Freistaates Bayern auf 25,9 Mio. €, auch wenn aufgrund der gestiegenen Bezirksumlage bis auf 1 Mio. € der gesamte Betrag an den Bezirk durchgereicht werden muss.

Drastisch reduziert hatte sich der Ertrag für Grunderwerbssteuer – 2021 noch 5 Mio. € sind es 2023 vorläufig nur noch 2,8 Mio. € – , da aufgrund der allgemeinen Entwicklung die Nachfrage nach Immobilien zwar nach wie vor hoch ist, allerdings aufgrund der politischen Vorgaben und der Zinsentwicklung massive Einbrüche bei abgeschlossenen Kaufverträgen zu verzeichnen sind.

Erfreulich ist es, dass gleichwohl wichtige Investitionen der Wirtschaft weiterlaufen und so den Standort Bayreuth sichern. Beispielhaft möchte ich hier auf die Investition im Bereich der Universität, der Deutschen Rentenversicherung, Stäubli, Brauerei Maisel oder von Startups hinweisen. Gerade für letztere ist es wichtig, dass das RIZ nunmehr kurzfristig umgesetzt wird.

Auch wenn nach wie vor die Verhandlungen mit dem Freistaat Bayern auf Erhöhung der Zuschüsse laufen, wäre eine Nichtumsetzung des seit 2017 beschlossenen Projektes ein massiver Nachteil für die Wirtschaftsregion Bayreuth. Wir würden praktisch an dem Ast, auf dem wir sitzen, sägen, würden wir uns nicht wie praktisch alle vergleichbaren Städte in diesem Bereich engagieren. Ohne entsprechende Startups wird eine Anpassung zur Wirtschaft für zukunftssichere Arbeitsplätze nicht von Erfolg gekrönt sein.

Bei allen Diskussionen um die „Work Life Balance“ sollte nie vergessen werden, dass selbst hier mit „Work“ die Arbeit zuerst steht und nur dann, wenn entsprechende Einnahmen da sind, die evtl. schöneren Seiten des Lebens finanziert werden könnten. Eine permanente Reduzierung der Lebensarbeitszeit, ständige Erhöhung der Bürokratisierung und der Anforderungen sowie Bedenken gegen Wirtschaft und Technik gefährden langfristig unseren Wohlstand.

Gerade in der größeren Politik hat man immer mehr den Eindruck, dass in erster Linie nur das finanziert wird, was kurzfristig schön ist, ohne über die langfristigen Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland nachzudenken.

Auch wenn seitens des bayer. Wirtschaftsministers Überlegungen auftauchen, dass möglicherweise eine Mietlösung für das RIZ angedacht werden könnte, kann dies von mir nicht nachvollzogen werden.

Über sieben Jahre laufen die Planungen auf eine enge Kooperation zwischen Universität, Wirtschaft, Kammern und Kommune am Standort der Universität Bayreuth. Sämtliche Verträge mit den Ministerien wurden nunmehr endverhandelt. Der Freistaat plant mit einer Pressspanaußenwand zu dem geplanten Abschnitt des RIZ, nach 60 Jahren geht das Gebäude in das Eigentum des Freistaats Bayern über, die Lehrstühle der Universität sind besetzt, die Wirtschaft drängelt und dann alles mit einem Schritt zurück auf Null zu setzen? Da kann ich mir nur wünschen, dass der bayer. Wirtschaftsminister sich möglichst rasch der Bedeutung und Symbolhaftigkeit der engen Kooperation besinnt und für die Zukunft einsetzt.

Wir brauchen kein „Feigenblatt“, sondern einen „funktionierenden Leuchtturm“ für die Region.

Programme wie „Kreative Zentren“, „Zukunft Innenstadt“, „Stay in Bayreuth“ oder der „Start up Point Mainstraße“ belegen, dass wir mit überschaubarer Förderung Entscheidendes umsetzen zu können.

Die Entwicklung im Bereich Tourismus belegt die Nachfrage nach Bayreuth. Gleichwohl arbeiten wir daran, dass noch mindestens zwei gute Hotels angesiedelt werden, was ja auch für die Belebung der Innenstadt und einen entsprechenden Fachhandel von erheblicher Bedeutung ist.

Zukunftsfähige Arbeitsplätze können in Zusammenarbeit mit der Universität durch Ausgründungen auch auf überschaubarem Platzbedarf entstehen.

Sofern sich die Investoren wieder im Wohnungsbau engagieren, wird ein erheblicher Wachstumsschub für Bayreuth entstehen.

Trotz all der weiteren Maßnahmen können wir den Klimaschutz gerade bei Neubauten gut gewährleisten. Bei der Nachrüstung des Bestandes sind wir in erster Linie auf Bundesförderung angewiesen. Die Baumaßnahmen bei „Bayreuths lebendigem Süden“ oder der Kläranlage schreiten zügig voran. Bei allen Beschlüssen wägen wir die Auswirkungen hinsichtlich klimarelevanter Folgen ab.

Das Umsetzen der zunächst 11 Handlungsfelder, die wir mit dem Klimaschutzkonzept vorgelegt haben, um eine Klimaneutralität bis 2040 zu ermöglichen, ist nach wie vor eine große Herausforderung, was die schleppende Umsetzung z. B. bei der weiteren Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED, die Ausweisung neuer PV-Anlagen oder die Erstellung von Windrädern belegen.

Auch die Situation der Radfahrer in Bayreuth soll weiter verbessert werden. Zwar wurden bereits hunderte von neuen Stellplätzen geschaffen, allerdings ist hier der Ausbau weiterer Radwege, wie z. B. eine Verbesserung des „City-Rings“ notwendig.

Große Umbauten werden allerdings nur dann möglich sein, wenn die entsprechenden staatlichen Unterstützungsgelder zur Verfügung gestellt werden können. Auch deswegen ist eine Umsetzung des Radwegekonzeptes Bismarckstraße/Erlanger Straße in absehbarer Zeit unrealistisch.

Bei der „Franken-Sachsen-Magistrale“, die sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr zwingend notwendig ist, halten wir den Druck weiter hoch.

Erfreulich ist die gute Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium im Hinblick auf die Neustrukturierung am Klinikum. Mittlerweile konnten die Einigungen erzielt werden für die entsprechenden perspektivischen Bettenzahlen, die Größe der einzelnen Abteilungen und die Grundzüge der künftigen Planung. Zusammen mit dem erfolgreichen Medizincampus Oberfranken, dem geplanten Neubau des zweiten Lehrgebäudes und der gut 200

Bediensteten-Wohnungen an der Hohe Warte sowie den wichtigen Investitionen im medizinischen Bereich wird die gesundheitliche Versorgung der Region sichergestellt.

Allerdings sind gerade im Krankenhauswesen dringend bundespolitische Veränderungen notwendig, da unter den jetzigen gesetzlichen Vorgaben ein wirtschaftlich gesunder Betrieb nicht mehr möglich ist und die Kommunen stranguliert würden.

Mit dem Kindergarten St. Johannis wird ein neuer, qualitativ hochwertiger Kindergarten mit über 190 Plätzen errichtet, bei anderen Kindergärten werden Ergänzungen geplant, um dem Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen möglichst entgegenzuwirken.

Der Neubau der Berufsschule 1, die Sanierung der Graserschule, Grundschule St. Johannis, Meyernbergschule etc. werden mit 19,5 Mio. € fortgesetzt, in Schulen wird über Bauunterhaltsmaßnahmen in Höhe von insgesamt 1,3 Mio. € versucht, den Gebäudebestand zu sichern bzw. zu verbessern. Gleichwohl werden wir für das nächste Jahr, wenn über das G 9 deutlich mehr Klassenzimmer benötigt werden, zumindest vorübergehende Lösungen anstreben.

Auf der anderen Seite ist es für die Stadt nicht mehr finanzierbar, über 7 Mio. € nur an Personalkosten für die Lehrer am WWG und der städt. Wirtschaftsschule alleine zu schultern, wenn nicht ein entsprechender Kostenersatz durch Freistaat oder Landkreis erfolgt. Obwohl derzeit nicht einmal 40 % der WWG-Schüler aus der Stadt kommen, soll die Stadt hier Kosten tragen.

Auch wenn wir natürlich weiter auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Landkreis setzen, erschließt sich mir nicht, mit welchem Grund die Stadt z. B. beim Klinikum 55 % der Kosten trägt, der Landkreis 45 %, wenn unter dem Strich mehr Personen aus dem Landkreis behandelt werden als aus der Stadt und der ursprüngliche Grund der Differenzierung, das kommunale Krankenhaus in Pegnitz, eben seit Jahrzehnten nicht mehr vom Landkreis finanziert wird, und weshalb die Stadt neben allen kulturellen, sportlichen Einrichtungen auch im schulischen Bereich die Hauptlast trägt. Hier sollten Anpassungen der Vertragsgestaltung, Entwicklung gemeinsamer Umweltprojekte oder Gewerbegebiete angestrebt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich könnte noch lange auf einzelne Details eingehen, möchte aus Zeitgründen jedoch hier schließen.

Mit dem vorliegenden Entwurf vollziehen wir die Beschlüsse des Stadtrates und sichern die hohe Lebensqualität der Stadt Bayreuth auch 2024. Wir tragen der schwierigen überregionalen Lage Rechnung und setzen auf Fortschritt. Sowohl in den sozialen Einrichtungen, Kinderbetreuung, Bildung, medizinischer Versorgung, aber auch Sicherheit oder lebenswerter Umwelt sind wir vergleichsweise gut aufgestellt, Freizeiteinrichtungen werden unterhalten. Bei all den problematischen Rahmendaten und dem Zwang zu Einsparungen, können wir gleichwohl 2024 ein noch gutes Leistungsspektrum aufweisen.

Bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere bei Herrn Kollegen Rubenbauer und seinem Team aus dem Kämmereiamt – besonders hervorzuheben ist hier der Kämmereiamtsleiter Herr Popp und seine Stellvertreterin Frau Schemmel – möchte ich mich für den immensen Einsatz bedanken. Immer wieder mussten Daten angefordert und Änderungen kurzfristig eingearbeitet werden. Es ist aber dennoch quasi „just in time“ gelungen, einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorzulegen.

Die Haushaltsberatungen des Stadtrates finden am

Montag, den 19. Februar 2024, ganztägig, in öffentlicher Sitzung

statt.

Die Verabschiedung des Haushaltes 2024 ist für die Stadtratssitzung am

Mittwoch, den 6. März 2024

vorgesehen.

Nunmehr bitte ich Herrn Kollegen Rubenbauer weitere Details des Haushaltentwurfes vorzustellen.